### Textliche Festsetzungen

zum Bebauungsplan Nr. 117 der Stadt Neuss

## A. Nutzungsart

# a) Reines Wohngebiet

Für das im Plan ausgewiesene "Reine Wohngebiet" gelten die Bestimmungen des § 3 der Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962.

### b) Allgemeines Wohngebiet

Für das im Plan ausgewiesene "Alfgemeine Wohngebiet" gelten die Bestimmungen des § 4 der Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962, jedoch mit der Maßgabe, daß die unter Abs. (3) 2., 4 bis 6. aufgeführten Ausnahmen nicht zugelassen werden.

### B. Bauliche Gestaltung und Außenanlagen

\* Die Textlichen Festsetzungen über die Baugestaltung (Ziffer B) beruhen auf § 9 (2) BBauG. § 4 der 1, DVO zum BBauG und § 103 der BauONW.

# Wohngebiet

Für die Wohngebiete a) und b) ist offene Bauweise vorgeschrieben. Die Anordnung der Bauten auf den Grundstücken ist durch die Baulinie bestimmt.

Sämtliche Bauten sollen Ausdruck einer guten, zeitgemäßen Baugesinnung und werkgerechter Durchbildung sein.

Die im Plan festgesetzten Zahlen der Vollgeschosse gelten als Höchstgrenze.

Die Wohnungsbaupflichtnormen sind zu beachten. Die Hauptgebäudetiefe soll 11,00 m nicht überschreiten.

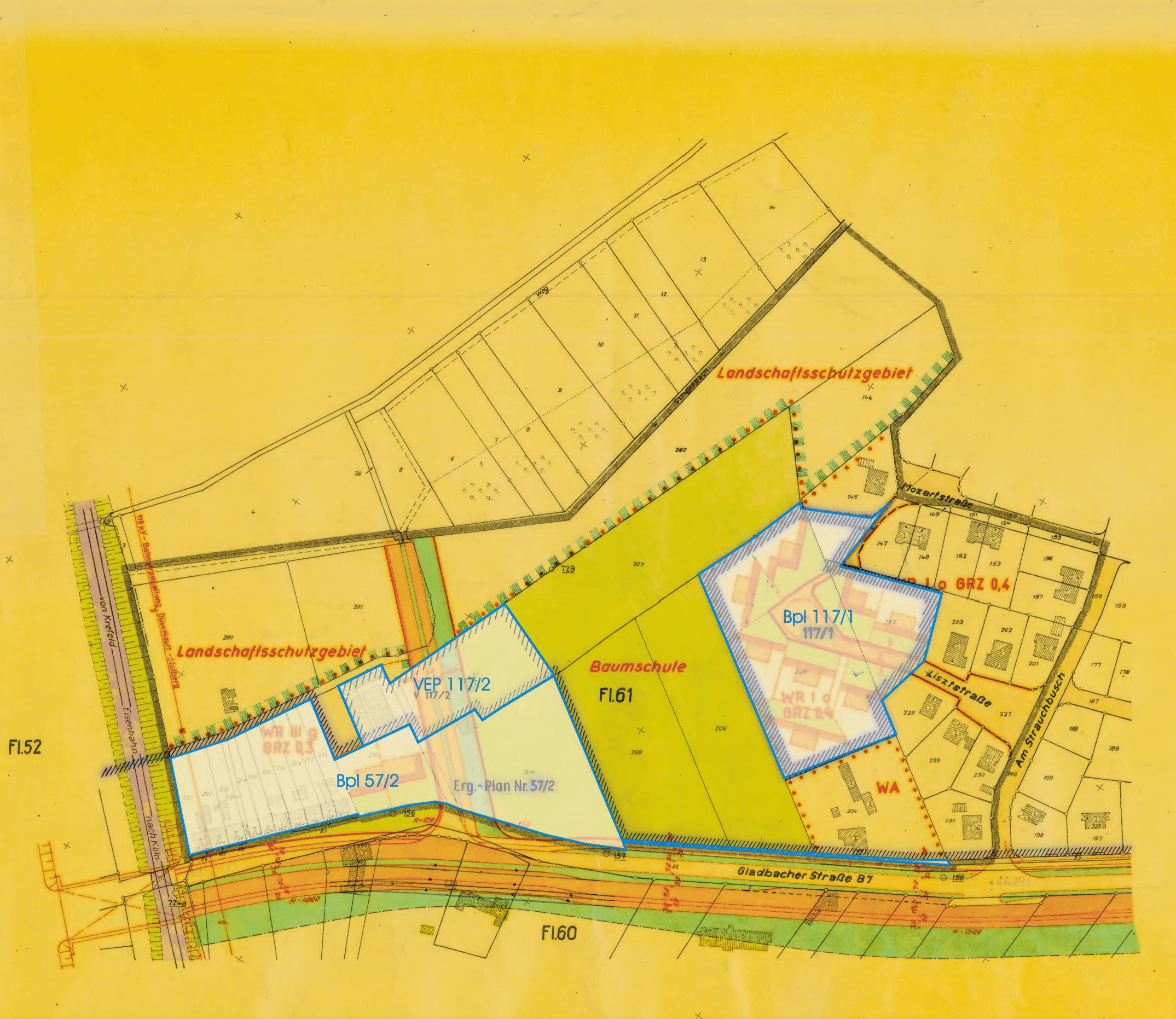
## Kellergaragen sind grundsätzlich nicht statthaft.

Die Dächer sind bezüglich ihrer Neigung und Art der Deckung der vorhandenen Nachharbebauung anzupassen. Es sind nur Hartdächer ohne Dacheinschnitt und ohne ein auch nur teilweise 2. Vollgeschoß zugelassen.

Vorgärten sind grundsätzlich nur durch einen Radwegkantstein abzugrenzen und sparsam zu bepflanzen. Eine Einfriedigung dieser Flächen ist nicht statthaft.

Einfriedigungen auf den Nachbargrenzen können durch einen max. 0,80 m hohen Maschendrahtzaun an schlanken Eisenpfosten errichtet werden, der jedoch nur bis zur Hinterfront der Häuser geführt werden darf und durch Bepflanzung zu verdecken ist.

\*Die aufgrund der Verfügung des Regierungspräsidenten vom 12. Mai 1964 -Akz.: 34.54.08-, geänderten Festsetzungen, wurden in den Text eingearbeitet.



1. Ausfertigung

Gemeinde Neuß

Gemarkung Neuß Flur Nr. 61 Maßstab 1:1000



Grenzen, Flucht-u. Baulinien

Gebäudebestand

Verkehrs-u.Grünflächen

# Entwässerungsanlagen Baugebiet WR Reines Wohngebiet WA Allgemeines Wohngebiet I III Geschoßzählen O Offene Bauweise

9 Geschlossene Bauweise.

Baufläche

GRZ Grundflächenzohl Vorhand. Regenwasserkanal Projekt. Regenwasserkanal • • • Baugebietsgrenze \* Vorhand. Schmulzwasserkanal. III III Grenze des Landschafts Projekt. Schmutzwasserkanal schulzgebietes

Nach orfsüblicher Bekanntmachung am 19.6.1963 hat dieser Plan mit Begründung gemäß § 2 (6) 88au 26.6.1963 bis 26.7.1963

Die in blauer Farbe eingetragene Anderung erfolgte oufgrund der Empfehlung des Landesstraßen – bauamles Koefeld Der Oberstadtdirektor Kraull städt. Obervermessungsraf

plan gemäß § 10 B BauG i.V. mit § 28 GO NW 3m

Dieser Plan ist gemaß § 118 Bauß mit Verfügung vom

Dusseldorf, den K. Hei 1964

Gemäß § 12 B BauG ist die Genehmigung des Regierungs: präsidenten vom 12. Mai ... 1964 sowie die öffentlicheuslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung ex3, den 13.8. 1364 Der Oberstadtoli De Vertretung:

leigedineter)

Gesehan:

Der Direktor des Landschaftsverhandes Rheinland

Villy -

### **Textliche Festsetzungen**

zum Bebauungsplan Nr. 117 der Stadt Neuss

Redaktionelle Anmerkung: Rechtskraft 19.06.1964

#### A. Nutzungsart

#### a) Reines Wohngebiet

Für das im Plan ausgewiesene "Reine Wohngebiet" gelten die Bestimmungen des § 3 der Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962.

### b) Allgemeines Wohngebiet

Für das im Plan ausgewiesene "Allgemeine Wohngebiet" gelten die Bestimmungen des § 4 der Baunutzungsverordnung vom 26.06.1962, jedoch mit der Maßgabe, daß die unter Abs. (3) 2., 4 bis 6. aufgeführten Ausnahmen nicht zugelassen werden.

#### B. Bauliche Gestaltung und Außenanlagen

\* Die Textlichen Festsetzungen über die Baugestaltung (Ziffer B) beruhen auf § 9 (2) BBauG, § 4 der 1. DVO zum BBauG und § 103 der BauONW.

#### Wohngebiet

Für die Wohngebiete a) und b) ist offene Bauweise vorgeschrieben. Die Anordnung der Bauten auf den Grundstücken ist durch die Baulinie bestimmt.

Sämtliche Bauten sollen Ausdruck einer guten, zeitgemäßen Baugesinnung und werkgerechter Durchbildung sein.

Die im Plan festgesetzten Zahlen der Vollgeschosse gelten als Höchstgrenze.

Die Wohnungsbaupflichtnormen sind zu beachten.

Die Hauptgebäudetiefe soll 11,00 m nicht überschreiten.

Kellergaragen sind grundsätzlich nicht statthaft.

Die Dächer sind bezüglich ihrer Neigung und Art der Deckung der vorhandenen Nachbarbebauung anzupassen. Es sind nur Hartdächer ohne Dacheinschnitt und ohne ein auch nur teilweise 2. Vollgeschoß zugelassen.

Vorgärten sind grundsätzlich nur durch einen Radwegkantstein abzugrenzen und sparsam zu bepflanzen. Eine Einfriedigung dieser Flächen ist nicht statthaft.

Einfriedigungen auf den Nachbargrenzen können durch einen max. 0,80 m hohen Maschendrahtzaun an schlanken Eisenpfosten errichtet werden, der jedoch nur bis zur Hinterfront der Häuser geführt werden darf und durch Bepflanzung zu verdecken ist.

Die aufgrund der Verfügung des Regierungspräsidenten vom 12. Mai 1964
Akz.: 34.54.08 –, geänderten Festsetzungen, wurden in den Text eingearbeitet.